

Engagement aller gefordert

Welche Voraussetzungen sind nötig, damit sich die Bevölkerung direkt an politischen Prozessen beteiligen kann und welche Vorteile bietet die direkte Demokratie? Diese und weitere Fragen werden an der Demokratiekonferenz beantwortet.

Von Stefan Batliner

Vaduz. – Im Zentrum der zweitägigen internationalen Demokratiekonferenz, die gestern Abend begonnen hat, steht das Thema direkte Demokratie. Mit Impulsreferaten, Diskussionen, Workshops und anschliessenden Zusammenfassungen tauschen sich heute rund 100 namhafte Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft aus. Die Teilnehmer aus Liechtenstein, Österreich und der Schweiz diskutieren Grundsatzfragen der direkten Demokratie, die einen starken Bezug zur Praxis und zu geplanten Reformvorhaben haben.

Startschuss in der Hofkellerei

Gestern Abend fiel der Startschuss zur Demokratiekonferenz in der Hofkellerei in Vaduz mit Referaten von Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, Klaus Poier, Assistenzprofessor in Graz, Andreas Kley, Professor an der Universität Zürich, und Kaspar Michel, Regierungsrat des Kantons Schwyz. Sie sprachen über die Herleitung und die Geschichte der Demokratie in den drei Ländern. Zum Abschluss des ersten Konferenztages standen Ansprachen von Politikern aus den drei teilnehmenden Ländern auf dem Programm.

Aurelia Frick, Ministerin für Aussenres, Bildung und Kultur, betonte, dass es in den einzelnen Staaten unterschiedliche Auffassungen von Demokratie gibt. Nicht zuletzt deswegen sei es wichtig, dass man sich ständig mit der Demokratie auseinandersetzt und sie weiterentwickelt. «Demokratie erfordert das Engagement aller Gesellschaftsgruppen», so Frick. Aufgrund der Verfassung gebe es in Liechtenstein eine klare Gewaltenteilung. «Dem Volk kommt mit seinem direkten Mitspracherecht bei Wahlen, Abstimmungen, Initiativen und Referenden eine grosse Rolle zu, die wohl niemand von uns Liechtensteinern missen möchte», so Frick. Dass man dem Fürstenhaus eine besondere Funktion übertragen hat, erscheine vielen Aus-

senstehenden eher ungewohnt. In Liechtenstein habe man jedoch über Jahre intensive Diskussionen über die Monarchie geführt. «Wir haben uns über demokratische Abstimmungen die für unser Land passende Antwort gegeben», betonte sie. Anhand von sechs Thesen ging sie auf aktuelle Herausforderungen ein. Beispielsweise müsse in politischen Auseinandersetzungen die Balance zwischen den Interessen von Jung und Alt gefunden werden. «Dies stellt hohe Ansprüche an alle Beteiligten – an Jung und Alt. Das heisst aber auch, dass im politischen Prozess beide Gruppen möglichst gut vertreten sein müssen, und dass sie bereit sind, ihre Verantwortung wahrzunehmen», so Frick. Die Verantwortung der Medien könne nicht genug unterstrichen werden – so eine weitere These. Der politische Meinungsbildungsprozess lebe nicht davon, dass alles möglichst schnell an die Öffentlichkeit kommt: «Es sollte darum gehen, dass sich die Öffentlichkeit ein wirkliches Bild von einem Geschehen machen kann.»

Traditionen sind nötig

Herwig van Staa, Tiroler Landtagspräsident, führte aus, dass eine maximale Bürgerbeteiligung für die Schweiz ein passendes Mittel sei. «Wir brauchen gewisse Traditionen. In der Schweiz gibt es Traditionen, die uns leider nicht zur Verfügung stehen», betonte er. Denn in Österreich gebe es eine Fülle von Bürgerbeteiligungsmodellen, die aber von den Bürgern trotz sehr niedriger Hürden nicht genutzt werden. Mehr Wirkung bei der Stärkung der Demokratie in Österreich hätten Bürgeranwälte, Volksbeauftragte oder die Kontrolle von Rechnungshöfen.

Alex Hürzeler, Landammann des Kantons Aargau, betonte, dass der Wunsch der Bevölkerung nach mehr Mitbestimmung in Europa «Hochkonjunktur» habe – auch in den USA wachse er infolge der Finanzblockade. Für ihn kommt die Schweiz der vollkommeneren direkten Demokratie mit am nächsten. «Gerade das demokratische Verständnis wirkt in der ganzen Schweiz und ist mit ein Grund dafür, dass die Schweiz funktioniert», sagte er. Als Voraussetzungen für die direkte Demokratie nannte er tiefe Hürden für das Ergreifen der Volksrechte, und dass zustande gekommene Initiativen und Referenden verbindlich sind, wodurch sie grundsätzlich zu Volksabstimmungen führen müssen.



Nehmen an der Demokratiekonferenz teil: Aussenministerin Aurelia Frick, Beatrix Karl, Bundesministerin für Justiz in Österreich, und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer (v. l.).



Interessierte Zuhörer: Rund 100 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft hörten sich gestern die Ansprachen an.



Referierten neben Aussenministerin Aurelia Frick: Alex Hürzeler (l.), Landammann des Kantons Aargau, und Herwig van Staa, Tiroler Landtagspräsident.